Mittwoch, 1. August 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 171.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungsboten 18500.—
am Postamt ..... 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 600.— M. Reklameteil 2500.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 600.— p. M. „ Reklameteil 2500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Wilsons Memoiren.

Europas Not hat zum großen Teil ihre Ursache in dem tausendmaschigen Netz von Versailles. Clemenceau, Lloyd George und Wilson haben es geflochten. Unter diesen drei Männern war nur einer ehrlich, nämlich Clemenceau: er verheimlichte wenigstens nicht seine Ziele. Er wußte, was er tat. Am 15. März 1919 in einer geheimen Besprechung der drei Staatshäupter hat Clemenceau wörtlich gesagt: „Frankreich braucht eine militärische Allianz. Der Rhein muß eine strategische Grenze bilden. Deutschland muß für alle Zukunft in ökonomischer Hinsicht zum Krüppel gemacht werden."

Das war doch wenigstens ehrlich. Aber Wilson hat das Netz des Verderbens geflochten, indem er zugleich zu den Sternen der Völkerversöhnung hinaufschielte und den Anspruch machte, der Welt den ewigen Frieden zu geben.

Nun ist auch der zweite Band der Wilsonschen Memoiren erschienen (bei Paul List in Leipzig). Wie der 1. Band wurde auch dieser von seinem Pressechef R. St. Baker herausgegeben, doch da er auf Grund der Wilsonschen Notizen und Briefe in eingehender Besprechung mit dem Expräsidenten verfaßt ist, kann er als authentische Quelle für das Zustandekommen des Versailler Diktats gelten. Während der 1. Band durch das gänzliche Fehlen der deutschen Angelegenheiten enttäuschte (als wenn nicht gerade mit Deutschland Frieden geschlossen werden sollte), ist in diesem ein größerer Teil Deutschland gewidmet. Aber immer noch nicht die Hälfte des Bandes. Die Friedensverhandlungen fanden eben nicht nur mit Ausschluß deutscher Unterhändler, sondern auch mit vollständigem Ausschluß deutscher Interessen statt. Diejenigen, die noch als einzige deutsche Belange (aber fraget nur nicht wie) hier und da wahrnahmen, sind Lloyd George und Wilson gewesen. Aber abgesehen von ihrem schlechten Willen konnten sie schon deshalb den französischen Intrigen nicht entgegentreten, weil sie gänzlich ahnungslos in deutschen Angelegenheiten waren.

Kurz gesagt, stellt sich die Herausbildung des Versailler Vertrages ungefähr so dar: Wilson verließ Mitte Februar 1919 für einen Monat Paris, um im Washington im Kongreß zu erscheinen. Als er wiederkam, fand er ein Labyrinth von Intrigen vor, die sich gegen ihn richteten. Er war nicht der Mann, dagegen anzukämpfen. Nur eine Sorge hatte er, und das war der Völkerbund; sein Spleen war, diese Völkerbundsidee für die personifizierte Gerechtigkeit zu halten und zu glauben, daß das Deutschland angetane Unrecht durch die Konstitution des Völkerbundes wieder gutgemacht würde. Der Kampf um diese Idee hat seine ganze Kraft in Anspruch genommen (und auch diesen Kampf hat er verloren), aber um deutsche Dinge kümmerte er sich überhaupt nicht. Sein Ideal, der Weltfrieden, war wenig geeignet, sich gegen die diplomatische Kunst Frankreichs und die Schiebertaktik eines Lloyd George zu halten. Als er in den ersten Besprechungen mit Clemenceau und Lloyd George nach seiner Rückkehr die feindselige Stimmung und die Unerbittlichkeit der französischen Machtansprüche, sowie den englischen Egoismus feststellen mußte, verließ ihn seine Kraft mehr und mehr. Zwar drohte er, nach Amerika zurückzureisen und sich nicht an dem Frieden zu beteiligen. Das amerikanische Kriegsschiff „Washington" wurde damals nach dem französischen Hafen Brest bestellt. Aber dann wurde doch der Riß notdürftig geflickt, ein Kompromiß fand statt, und dieser Kompromiß ward der Vertrag von Versailles. Wilson, der inzwischen körperlich fast völlig zusammengebrochen war (er vertrug die vielen Sitzungen nicht), gab nach und freute sich noch, daß wenigstens der Völkerbund gerettet war.

Es ist nicht möglich, in einem kurzen Artikel den ungeheuren Inhalt des 2. Bandes wiederzugeben. Nur einige kleine, besonders interessante Dinge seien erwähnt. Da ist zunächst die Rolle Poincarés. Baker stellt es so dar (und wir haben keinen Grund, an der Richtigkeit seiner Darstellungen zu zweifeln), daß in Paris Clemenceau von zwei verschiedenen Strömungen der französischen Politik, die sich einander ergänzten, unterstützt wurde. Die einen waren die Demokraten und pazifistisch angehauchten Leute, die ebenso wie Wilson von Völkerversöhnung, Völkerbund und ewigem Frieden redeten, an ihrer Spitze Leon Bourgeois; die anderen aber waren die hartgesottenen Diplomaten der alten Schule, repräsentiert durch Poincaré und Pichon, dem damaligen Außenminister Clemenceaus. Diese verfolgten ganz offen das Ziel, Frankreichs Hegemonie in Europa zu begründen, und zu diesem Zweck waren ihnen alle Mittel recht. Während die französischen Pazifisten den Völkerbundgedanken pflegten, um diesen Völkerbund dann desto sicherer zum Werkzeug französischer Machtpolitik zu machen, unterstützten die anderen um Poincaré und Clemenceau auf diese Weise, daß sie durch ihre unverschämten Forderungen ihm Gelegenheit gaben, auf seine relative Mäßigung hinzuweisen. Clemenceau hat einmal zu Wilson geäußert: „Wenn ich gezwungen bin, zurückzutreten, so werden Sie sich einer viel stärkeren Opposition gegenübersehen. Es ist schon das Beste, wenn Sie versuchen, sich mit mir zu einigen."

In Wilsons Papieren findet sich folgender interessanter Auszug aus dem offiziellen französischen Programm:

„1. Französische Militärkontrolle des Rheins.

2. Ein dauerndes Bündnis der Großmächte, um Frankreich gegen Deutschland zu verteidigen.

3. Schaffung einer Anzahl kleiner Staaten, um Deutschland vom Osten her zu bedrohen.

4. Gebietsverkleinerung des Deutschen Reiches.

5. Verkrüppelung der deutschen politischen Organisation.

6. Entwaffnung Deutschlands, aber nicht der Alliierten.

7. Reparationen bis zur Vernichtung.

8. Wegnahme der wirtschaftlichen Hilfsquellen.

9. Wirtschaftliche Abmachung zum Vorteil Frankreichs, zum Nachteil Deutschlands."

Dies war das Programm Clemenceaus. Schlimmer aber war die Zielsetzung der Poincaré-Gruppe, jenseits deren noch Foch und Tardieu standen. Der Grundgedanke Poincarés und Pichons war nach ihren eigenen Worten, die Struktur Deutschlands zu lockern. Zu diesem Zweck wurden von dem französischen Außenminister Pichon alle Versuche unterstützt, Zwietracht nach Deutschland zu tragen, einen Rheinstaat zu schaffen und Bayern vom übrigen Deutschland zu trennen.

Der vorliegende Memoirenband zeigt mit bisher unbestimmter Klarheit, wie nahe alle diese Projekte der Verwirklichung waren. Sie sind, wie das Buch selbst zugibt, nicht etwa durch den Einspruch Wilsons gescheitert, sondern nach der Auffassung des Buches deshalb, **weil Frankreich nicht das Opfer bringen wollte, die loszutrennenden Gebiete von den Reparationen zu befreien.** In dem Buch sind Leute wie Dorten und General Mangin ausführlich erwähnt, aber auch Namen wie Dr. Heim, der bayerische Bauernführer, auf den man gleichfalls Hoffnungen setzte.

Die gespannte Lage in Deutschland.

Die aufrührerische Stimmung, die in einzelnen Teilen Deutschlands bereits zu unliebsamen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei führte, droht gegenwärtig sich zu verbreiten und zu unabsehbaren Gefahren zu führen. Diese Gefahren liegen weniger in den leicht im Zaum zu haltenden Exzessen der kleinen kommunistischen Gruppen, als vielmehr in einem möglichen Anschluß der Sozialdemokratie an ihre Bestrebungen. Leider ist der Boden für eine Aufhetzungspolitik der Parteien gegeneinander im Augenblick sehr günstig. Die enorme, von Tag zu Tag steigende Teuerung und die Knappheit gewisser wichtiger Lebensmittel, wie Butter und Kartoffeln, machen es den Aufrührern leichter, unbesonnene Elemente zum Kampfe gegen die Regierung und das Kapital aufzuhetzen. Um so mehr, als auch aus dem Lager der Deutsch-völkischen wilde Nachrichten über dunkle Pläne eintreffen; die zwischen den beiden extremen Parteien hin- und herlaufenden Drohungen haben eine schwüle politische Atmosphäre erzeugt, die Grund zu ernsten Entladungen geben könnte, zumal wenn in letzter Stunde die Vorsichtsmaßnahmen der Regierung, die bereits alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten hat, nicht respektiert werden sollte. Blutige Zusammenstöße ließen sich in der erhitzten Stimmung dann kaum vermeiden. Freilich sind sich die bürgerlichen Parteien des Ernstes der Lage wohl bewußt, und der Regierung fehlt es nicht an der Macht, die öffentliche Ordnung zu schützen. Viel jedoch wird dabei von der Haltung der Sozialdemokraten abhängen, die in ihrer breiten Masse besonnen genug ist, der kommunistischen Hetzpropaganda kein Gehör zu schenken. Denn in seiner Gesamtheit weiß das deutsche Volk, daß der Grund zu den äußerst schwierigen Zeitverhältnissen in der französischen Reparationspolitik zu suchen ist und daß ein innerer Aufruhr im Augenblick eine Auslieferung des Landes an den Feind bedeuten würde. Dies Verantwortungsbewußtsein wird auch die breiten Massen genügsam stärken, um die Gegensätze zwischen den extremen Parteien in Schach zu halten. Ein Zeichen, daß dies nicht unmöglich ist, hat der im allgemeinen ruhige Verlauf des kritischen 29. Juli gezeigt.

Ruhiger Verlauf des 29. Juli.

Die kommunistischen Demonstrationen gegen den Faszismus sind in Berlin und Potsdam, wie auch in allen übrigen Städten, mit Ausnahme von Neuruppin, wo es zu einem ernsten Zwischenfall kam, der zwei Tote und sieben Verwundete kostete, ruhig verlaufen. Ausführliche Berichte über die kommunistischen Veranstaltungen liegen bisher aus Königsberg, Breslau, München, Nürnberg, Augsburg, Leipzig, Dresden, Frankfurt, Weimar, Gotha, Halle und Hamburg vor. München stand lediglich im Zeichen des Feuerwehrtages. In Leipzig wurde für Max Hölz demonstriert. In Dresden führte ein Redner aus, daß die zweite, in der nächsten Zeit kommende Revolution nicht nötig wäre, wenn man 1918 den Faszisten nicht nur die Achselstücke, sondern auch die Köpfe abgerissen hätte. Auch in Bremen sind die Demonstrationen ruhig verlaufen, trotzdem gestern bekannt wurde, daß am Sonnabend von der politischen Polizei eine große Anzahl führender Persönlichkeiten auf richterliche Anordnung wegen Hochverrats verhaftet wurden. In Berlin ist es bis zum Sonntag abend, von kleinen Plänkeleien zwischen Demonstranten und Polizei bzw. Publikum abgesehen, nirgends zu Ausschreitungen gekommen. In Potsdam herrschte vollkommene Ruhe.

Blutige Unruhen in Neuruppin.

Aus Neuruppin wird über die dortigen Ereignisse gemeldet: Am Sonnabend nachmittag rotteten sich am Markte und in den Straßen größere Menschenmengen zusammen, die von der Regierung Maßnahmen gegen die Teuerung verlangten. Im Anschluß an diese Kundgebung wurden fünf Lebensmittelgeschäfte geplündert. Nach einer Versammlung der Kommunistischen Partei zogen 4000 Personen vor das Gefängnis am Ort, um die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Die Beamten wiesen die Forderung zurück, sperrten die Tore ab und riefen telephonisch die Schutzpolizei zu Hilfe. Gleichzeitig wurde von der Regierung in Potsdam Verstärkung erbeten. Vor dem Gefängnis kam es zu lärmenden Auftritten, und gegen 11 Uhr abends versuchte die Menge, das Gebäude zu stürmen. Die Schupo, die stark in Bedrängnis geraten war, gab erst eine Warnungssalve ab und schoß dann, als das nicht fruchtete, auf die Anstürmenden. Dabei wurden zwei Mann getötet, während sieben andere Personen schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert wurden. Eine größere Anzahl Leichtverletzter nahmen privatärztliche Behandlung in Anspruch. Etwa 15 Personen wurden verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert. Die um Mitternacht eingetroffene Schutzpolizei aus Potsdam besetzte das Gefängnis und die anderen öffentlichen Gebäude, da die Demonstranten bis zu den Morgenstunden die Straße nicht räumten. Am Sonntag morgen hatten die Kommunisten starken Zustrom vom Lande erhalten.

Zahlung von 15 Millionen Garantie in Breslau.

Der kritische Sonntag ist in Breslau ohne Zwischenfälle verlaufen. Erst in letzter Stunde war von der Stadtverwaltung mit Zustimmung des Polizeipräsidenten die Jahrhunderthalle gegen eine **Garantiesumme von 15 Millionen Mark**, die gefordert und auch prompt gezahlt wurde, für den Zweck einer antifaszistischen Kundgebung hergegeben worden. Die Versammlung, die um 1 Uhr begann, nahm einen ruhigen Verlauf, wenn es auch ohne Schimpfereien über die gegen die Kommunisten getroffenen Maßnahmen nicht abging. Gegen 3 Uhr bewegte sich von der Jahrhunderthalle die nach vielen Tausenden zählende Menge nach dem Stadtinneren. Den Anordnungen der Schutzpolizei wurde unbedingt Folge geleistet.

Grundlose Freude der Sowjets.

Moskauer Sowjetblätter betonen die Bedeutung des Sieges der Kommunisten in Berlin bei den Wahlen zum Metallarbeiterkongreß. Der Sieg der Kommunisten wird als ein Symbol für das endgültige Versiegen der Einflüsse der Sozialdemokratie betrachtet. Die „Prawda" vergleicht sogar diese Tatsache mit dem Beginn der Revolution in Petersburg.

Die Bildung eines neuen Kabinetts im Gange.

Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß nur noch ein ganz geringer persönlicher Kreis hinter dem Kabinett Cuno steht, während die überwiegende Masse des deutschen Volkes und sämtliche Parteien von ihm abgerückt sind. Der Artikel des Organs der Zentrumspartei hat diese Sachlage nur offenkundig machen können, nicht aber erst geschaffen. Man kann gegenwärtig von einem allgemeinen Kampf der Parteien gegen die Regierung sprechen. Jedoch weiß man, daß eine lange Regierungskrise zurzeit außenpolitisch unerträglich sein würde. So ist dem Kabinett Cuno noch so lange das Leben gegönnt, bis die neue Regierung endgültig feststeht.

Es wird wieder die große Koalition gebildet werden, nach der Reichskanzler Wirth in seiner letzten Zeit bereits strebte und die in Preußen schon zwei Jahre am Ruder ist. Man rechnet damit, daß Loebe und Stresemann im neuen Kabinett die Hauptrolle spielen werden. Die Sozialdemokraten wollen an Stelle des Finanzministers Hermes ihren Parteigenossen Hilferding setzen, der die „Erfassung der Sachwerte" bewerkstelligen soll. Für das Innenministerium, gleichzeitig jedoch für den Kanzlerposten kandidiert Dr. Stresemann. Der Sozialdemokrat Hermann Müller wäre als Reichskanzler unmöglich, da er den Friedensvertrag unterzeichnet hat und aus diesem Grunde eine große Gegnerschaft bis hinein in die gemäßigten Kreise hat. Selbst ein so radikaler Sozialist wie Helmut v. Gerlach in der „Welt am Montag" betrachtet Stresemann als den geeignetsten Kandidaten für den Kanzlerposten, da er „der einzige befähigte Kopf sei, den Deutschland gegenwärtig aufzuweisen habe". Man rechnet damit, daß Ende dieser Woche das neue Kabinett fertig dastehen wird.

Verhandlungen im Haag über die deutschen Ansiedler am 2. August.

Die erste mündliche Verhandlung in Sachen der deutschen Ansiedler im ehemals preußischen Anteil findet, wie polnische Blätter melden, vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag am 2. August statt. Zur Verteidigung des polnischen Standpunktes werden sprechen Prof. Rostworowski und der ehemalige Generalstaatsanwalt der englischen Regierung Pollock, einer der genauesten Kenner des internationalen Rechtes. Die polnische Delegation hat schon alles notwendige Material zur Unterstützung ihres Standpunktes gesammelt.

Die deutsche Regierung wird dem Gerichtshof ein Memorial vorlegen.

Republik Polen.

Der Ministerrat

nahm in einer Montagssitzung verschiedene Anträge und Gesetzentwürfe an, darunter einen Dringlichkeitsantrag des Finanzministeriums über die Erhöhung der Diäten bei Dienstreisen im Gebiet der Freistadt Danzig;

einen weiteren Antrag des Finanzministeriums über einige Änderungen des Statuts der Posener Kreditlandschaft;

einen Gesetzentwurf über die Erneuerung verloren gegangener oder vernichteter Hypothekenbücher;

einen Gesetzentwurf über die Advokatur in den westlichen Wojewodschaften und

den Entwurf einer Verfügung über die Bildung einer Interministerialkommission für Angelegenheiten des Schutzes der Arbeit in den Fabrik- und Hütten-Bergwerksunternehmen des ehemals russischen Teilgebietes.

Der Innenminister und der Justizminister berichteten über den Stand der Arbeiten am Entwurf für ein neues Pressegesetz.

Der neue Kurs des Zloty.

Vom 30. Juli ab wurde der Kurs des polnischen Zloty auf 25 000 Mkp. erhöht. P. K. K. P. und P. K. O. verkaufen jetzt Zlotybons ohne Beschränkung.

Neue Tabakteuerung.

Am 5. oder 6. August ist eine **Erhöhung der Preise für Tabakerzeugnisse um 30 Proz.** zu erwarten.

Neuer Eisenbahntarif.

Vom 1. August ab tritt der neue Eisenbahntarif in Kraft, der für den Personenverkehr die Preise um 33 Proz., für den Warenverkehr um 100 Proz. erhöht.

Vierte Versammlung der Zuckerproduzenten.

Am 6. oder 7. September soll in Danzig die vierte Versammlung der polnischen Zuckerproduzenten stattfinden.

Vorgehen gegen Kommunisten in Warschau.

In Warschau sind dieser Tage bei hervorragenden Kommunisten Haussuchungen vorgenommen worden. Unter den Kommunisten herrscht große Aufregung. Die Untersuchungsaktion ist in vollem Gange.

Kongreß der ukrainischen Emigration in Warschau.

Aus ukrainischen Kreisen in Lemberg verlautet, daß am 15. September ein Kongreß der ukrainischen Emigration geplant ist, der in Warschau stattfinden soll. An der Spitze des Kongresses soll der frühere Minister der ukrainischen Republik, Salikowski, stehen. Beratungsgegenstände sollen folgende Fragen sein: Die rechtliche Stellung der Emigration in Polen, die Nationalsteuer für Kulturzwecke und das Emigrations-Ehrengericht.

Russisch-polnisches Abkommen über Grenzstreitigkeiten.

Der Rat der Volkskommissare in Moskau hat das vom Außenkommissariat mit Polen abgeschlossene Abkommen zur Unterzeichnung bestätigt, wonach die Schlichtung von Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Staaten geregelt wird. Es handelt sich um kleinere Zwischenfälle, die fortan russischerseits durch die Grenzabteilungen und polnischerseits durch die Kreis-Gemeindevorsteher und nur bei nicht erzielter Einigung den Zentralbehörden unterbreitet werden sollen.

Beschlagnahme der Bromberger „Volkszeitung".

Am Sonnabend nachmittag wurde Nr. 22 der sozialdemokratischen Bromberger „Volkszeitung" auf telephonische Anordnung der Staatsanwaltschaft Bromberg von der Polizei in der Expedition der „Volkszeitung" und in sämtlichen Zeitungsverkaufsstellen beschlagnahmt. Den Grund der Beschlagnahme bildete der Leitartikel mit der Überschrift „Säbelhiebe, Kugeln und Bajonette für die hungernden Arbeiter". Da der Artikel einen Bericht über die stürmische Sejmsitzung am vergangenen Dienstag enthält, und zwar die Debatten über den Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Sejmabgeordneten wegen der blutigen Vorgänge in Lodz, Czenstochau und Bielitz, wird Sejmabgeordneter Pankratz auf Grund des Artikels 31 der polnischen Verfassung in einer der nächsten Sejmsitzungen eine Interpellation an den Justizminister richten. Artikel 31 besagt, daß niemand zur Verantwortung gezogen werden kann, der über den Verlauf einer öffentlichen Sejmsitzung bzw. einer Sejmkommissionssitzung wahrheitsgemäß berichtet.

Das erste ausländische Kriegsschiff in Putzig.

Das lettische Kanonenboot „Virsaitis" weilte 24 Stunden auf der Reede in Puck (Putzig) als erstes ausländisches Kriegsschiff.

Neue Entlassungen im Heere.

Die Entlassungen höherer Offiziere nehmen von neuem ihren Fortgang. Der allgemein bekannte und geschätzte Chef der Intendantur, Oberst Litwinowicz, erhielt seinen Abschied. Desgleichen der stellvertretende Chef der Generalkontrolle des Heeres, Oberst Górecki. Ferner verschiedene höhere Generalstabsoffiziere. Alle Verabschiedeten sind Legionisten. Die an ihrer Stelle ernannten Offiziere gingen aus der österreichischen Armee hervor.

Die belgisch-französische Antwort am Montag in London überreicht.

Die belgische Antwortnote wurde am Sonntag mittag dem französischen Außenministerium durch den belgischen Gesandten zugestellt und sofort an Poincaré weitergegeben. Wie der „Temps" mitteilt, wurde die französische und belgische Antwort Montag im Foreign office überreicht.

Wie denkt man in London?

Man nimmt in London an, daß die französisch-belgischen Antworten die Möglichkeit zu weiteren Besprechungen ergeben. Angesichts der kritischen Situation Deutschlands fragt es sich indessen, ob Premierminister Baldwin bereit ist, die Unterhaltung fortzusetzen. So lange Frankreich die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht verschließt, sei mit einem Sondervorgehen Englands nicht zu rechnen. In liberalen und Arbeiterkreisen erklärt man, der Premierminister solle es auf eine getrennte Aktion ankommen lassen, falls die Aussicht besteht, durch ein sofortiges Vorgehen den völligen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern. Man glaubt, daß der Premierminister Dienstag eine Erklärung verlesen wird, doch weist man darauf hin, daß der Charakter der französisch-belgischen Antworten ihm eine gewisse Vorsicht auferlege. Zahlreiche Abgeordnete des Hauses wünschen indessen, daß möglichst klare Mitteilungen ergehen, da das Kabinett am Donnerstag für längere Zeit in die Ferien geht. „Westminster Gazette" betont, **es sei notwendig, daß Baldwin schnell handle.** Baldwin kehrte heute früh nach London zurück, um den Vorsitz eines heute zusammentretenden Kabinettsrats zu führen.

Viel bemerkt wird eine Erklärung des Finanzsekretärs im Schatzamt, Sir Johnson Hicks, England wünsche seine Alliierten und seine vormaligen Feinde in der Lage zu sehen, sich am Welthandel zu beteiligen. Die Abfassung der britischen Mitteilung an die Alliierten sei **die vorsichtigste und bedeutsamste** Arbeit gewesen, die er je gesehen habe. Es herrsche große Besorgnis wegen der bevorstehenden Antwort. Er könne nicht glauben, daß die englischen Staatsmänner Mitteleuropa und die Welt dem Untergang preisgeben werden.

Belgien sitzt zwischen zwei Stühlen.

Der Pariser Korrespondent des „Temps" führt die Einstellung Belgiens in der Reparationsfrage auf die offiziellen Vorhaltungen zurück, die der englische Gesandte in Brüssel, Sir Graham, in den letzten Tagen vorbrachte. Sir Graham gab zu verstehen, daß England in Berlin wegen Einstellung des passiven Widerstandes vorstellig werden könne, wenn es sich vergewissert habe, daß für eine Regelung des Reparationsproblems mit den Verbündeten hinreichend Aussicht bestehe. Es verlautet, daß der belgische Außenminister Jasper auf Grund des englischen Schritts die Absicht habe, sich nach London zu begeben, um mit den englischen Ministern eine persönliche Aussprache darüber zu führen. Der belgische Ministerpräsident Theunis hielt jedoch den Gedanken des Außenministers für unzweckmäßig und erklärte, es müsse zunächst ein vollständiges Einvernehmen zustande kommen. Der darauf einberufene Ministerrat vertrat den Standpunkt, daß man zurzeit die von Jasper vorgeschlagene Initiative nicht ergreifen könne.

Französisches Mißtrauen gegen England.

Hier verlautet, daß Normann, der Gouverneur der Bank von England, demnächst mit Dr. Havenstein, dem Direktor der Reichsbank, sich treffen werde. Das „Echo de Paris" lenkt die Aufmerksamkeit auf die verdächtige Tatsache, daß Deutschlands Sendboten in mehr oder weniger offiziöser Eigenschaft sich nacheinander nach London begeben. Baron v. Rheinbaben, der Leiter der Volkspartei, sowie der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie halten sich zurzeit in London auf. Deutsch, Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, werde in London erwartet. Alle diese Persönlichkeiten hätten sich mit den industriellen Gruppen des Unterhauses in Verbindung gesetzt. (Eigentlich ist es doch ganz selbstverständlich, daß hervorragende Deutsche sich persönlich nach London begeben, um die Verständigung in Wirtschaftsfragen zu fördern. Aber das französische Mißtrauen, das geradezu krankhaft ist, wittert in jedem solchen Besuch ein Attentat gegen Frankreich. D. Schriftl.)

Belgiens Plan ganz anders.

Der „Temps" gibt im Hinblick auf die belgische Antwort unumwunden zu, sie sei nach einem ganz anderen Plane wie das französische Dokument entworfen, und es sei vollkommen zwecklos, beide Schriftstücke zu vergleichen. Doch könne man versichern, daß Frankreich und Belgien betreffend der Ruhrbesetzung und aller durch sie angeregten Fragen einig wären. Diesem wird von einem Teil der Linkspresse widersprochen. Der „Temps" erklärt, daß die französisch-belgischen Besprechungen fortdauern.

Die deutschen Geiseln.

Eine Brüsseler Zeitung veröffentlicht eine Nachricht, nach welcher seit dem 27. Juli deutsche Bürger als Geiseln in die Züge gesetzt werden, die den Dienst zwischen Aachen—München-Gladbach—Neuß—Krefeld versehen. Ein Deutscher bürgte immer für die Sicherung zweier Wagen. Den Geiseln ist es untersagt, den Zug zu verlassen, in dem sie Platz genommen haben, und sie werden vom Zugpersonal persönlich bewacht.

Macdonald über Englands Frontwechsel.

Im Verlaufe einer Ansprache, die der Arbeiterführer Macdonald gestern im Hause Bielde hielt, kam der Arbeiterdeputierte auch auf die europäische Situation zu sprechen. Er erklärte, daß die Arbeiterschaft von der neuen Politik, welche die englische Regierung gegenüber Frankreich betätige, Notiz nehme. Macdonald fügte hinzu, die Lage sei zurzeit derart, daß es zweifelhaft erscheine, ob **ohne Revolution in Mitteleuropa eine Besserung eintreten könne.**

England will baldige Kontrolle der deutschen Finanzen.

Der Zusammenbruch der deutschen Mark hat in London auch außerhalb der politischen und finanziellen Kreise, also im Volke selbst einen furchtbaren Eindruck gemacht und eine sehr pessimistische Stimmung hervorgerufen. Man fürchtet, Poincaré werde unter diesen Umständen nicht zu bewegen sein, seine Pfänder fallen zu lassen und sich auf irgend welche Garantien einzulassen. Die Überzeugung, daß nur eine ausländische Kontrolle den deutschen Finanzen Rettung bringen könne, geht in immer weitere Kreise. Viele sind der Ansicht, diese müsse eingesetzt werden, noch ehe festgestellt werden könne, was Deutschland zu zahlen hat. Schon darum müsse mit der Einsetzung nicht gewartet werden, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich das, was Deutschland bezahlen müsse, nicht berechnen ließe.

Der Londoner Dockarbeiterstreik.

Sonntag nachmittag haben die Dockarbeiter des Londoner Hafens eine große Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Sie erklärten, daß sie in dem Streike nicht nachgeben würden, bevor die Lohnverkürzungen zurückgenommen seien.

Nittis Prophezeiung.

Wie die Turiner „Stampa" meldet, hielt der frühere Ministerpräsident Nitti am Donnerstag in Turin eine große politische Rede. Nitti sagte, **daß der Versailler Vertrag kein Friedensvertrag im Sinne der 14 Punkte Wilsons sei.** Ginge Frankreich nicht freiwillig aus dem Ruhrgebiet hinaus, so müßten die Alliierten geschlossene Verträge zur Geltung bringen, genau wie England 1914 die Verletzung des belgischen Neutralitätsvertrages zum Grund seines Eingreifens gemacht habe. Nitti schloß: **In vier Monaten haben wir den wirklichen Frieden Europas oder den Anfang eines neuen Krieges.**

Mussolini für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die Geheimhaltung war den britischen Interessen besonders nachteilig. Mussolini ist offenbar kein Freund des Verfahrens oder er hat kein Vertrauen dazu, und die italienische Regierung fordert Deutschland auf, ohne weiteren Verzug um Aufnahme in den Völkerbund zu ersuchen, ein Schritt, der von Großbritannien seit mehr als einem Jahr mehr oder weniger offen befürwortet werde. Die Völkerbundversammlung tritt im September zusammen. Wenn Deutschlands Ersuchen durch die unvermeidliche Zweidrittelmehrheit gebilligt werde, würde es demzufolge seinen Sitz in der Körperschaft vor Schluß der Session einnehmen können und die Aufmerksamkeit der Versammlung könne dann auf die akute Spannung zwischen Deutschland und Frankreich gerichtet werden.

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(33. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er hielt inne, — ein weher, schluchzender Laut, das junge Mädchen hatte die Hände vor das Gesicht geschlagen, der zarte Körper bebte wie geschüttelt von einem Krampf, und ihre Stimme klang tränenerstickt: „Quälen Sie mich nicht! O Gott, quälen Sie mich nicht!"

„Marianne!" Nur dieser eine Schrei, wie ein Stöhnen, und dann eine Stille, in der Hasso v. Redern den schweren harten Schlag des eigenen Herzens hörte, während er nur immer das eine denken konnte: „Nun ist alles aus, alles — für immer!"

„Ich bitte Sie, ich möchte nach Hause!" Das klang wie zerbrochen, und plötzlich hob das junge Mädchen das tränenüberströmte Gesichtchen: „Nein, — so nicht, — so wollen wir nicht voneinander scheiden, ich bin Ihnen eine Erklärung schuldig, und Sie sollen nicht denken — — —"

Er machte eine müde Bewegung: „Wozu? Ich hätte es wissen müssen, daß es für mich kein Glück gibt, daß es Vermessenheit, Wahnwitz war, — man greift nicht nach den Sternen am Himmel, wenn man nur ein armer Erdenwanderer ist, — der Traum ist ausgeträumt, und was nun kommt, das muß ich eben tragen, so gut wie ich mich damit abfinde, einmal werde ja auch ich den Frieden finden, den mir keiner mehr nehmen kann!"

Das klang so hoffnungslos, so todtraurig, aber Marianne ließ sich nicht beirren und fuhr tapfer fort: „Jeder Mensch hat das Recht, sich zu verteidigen, Gerechtigkeit zu verlangen! Herr v. Redern, ich weiß nicht, ob ich Ihnen unwissentlich Veranlassung zu der Annahme gegeben habe, daß Sie mir nahestünden, so nahe, um die Frage an mich zu richten, die Sie vorhin gestellt haben. Sollte das aber der Fall gewesen sein, dann will ich Ihnen offen zugeben, daß — daß" — sie wurde dunkelrot — „meine Antwort ein freudiges „Ja" gewesen wäre, wenn nicht Umstände vorliegen würden, die es mir unmöglich machen, eine Entscheidung zu treffen. — Bitte unterbrechen Sie mich nicht! Ich will rückhaltslos offen gegen Sie sein, und dann mögen Sie selbst entscheiden! — Es wird Ihnen kaum ein Geheimnis geblieben sein, daß die Sorgen meines Vaters, die schweren Sorgen, die schon seit langem auf ihm lasten, finanzieller Art sind. Mir als seinem Kinde, steht es nicht zu, zu untersuchen, ob sich bei sparsamer Wirtschaft bei der Einschränkung dieser und jener Passionen, rechtzeitig hätte Abhilfe schaffen lassen.

Genug, im Frühjahr dieses Jahres stand Clanitz vor der Subhastation, und wäre damals Herr Rößl meinem Vater nicht beigesprungen, so hätte sich die Katastrophe nicht mehr vermeiden lassen, wir würden heute heimatlos sein und kaum genug behalten haben, um auch nur unser Leben zu fristen. Damals war es, als mich Georg Rößl um meine Hand bat, zu einer Zeit, wo Sie für uns, für die ganze Nachbarschaft, verschollen blieben. Hätte ich Sie zu jener Zeit gekannt, so wie ich Sie heute kenne, ich würde Rößl ein glattes „Nein" als Antwort gegeben haben. So aber fühlte ich mich dem Mann, der meinem Vater in seiner äußersten Bedrängnis geholfen, ihn vor dem drohenden Ruin gerettet hatte, zu tiefstem Dank verpflichtet, und wenn ich mich auch nicht offiziell mit Rößl verlobte, so sagte ich ihm doch, daß er im Herbst noch einmal die gleiche Frage an mich richten möge."

Hasso war aufgesprungen, daß das Boot schwankte. „Aber dann ist ja alles gut! Sie brauchen ihm doch nur zu sagen, daß Ihr Herz nicht mehr frei ist, daß Sie inzwischen eingesehen haben, wie wenig Ihre Charaktere zueinander passen — — —"

„Sie stellen sich das alles einfacher vor, als es ist — Marianne lächelte schmerzlich —, „ich habe das bestimmte Gefühl, daß Rößl meinen Vater in der Hand hat, daß es ihn nur ein Wort kostet, um uns gegebenenfalls heute oder morgen von Haus und Hof zu vertreiben, und, Herr v. Redern, ehe ich meinem Vater das antun würde, eher würde ich auch das äußerste Opfer bringen!"

„Marianne!" Hasso fieberte vor Erregung: „Das können das dürfen Sie nicht, das würde auch Ihr Herr Vater nie und nimmer annehmen! Und dann bedenken Sie, — auch mein Glück, mein Leben stehen auf dem Spiel!"

Sie schüttelte traurig das Köpfchen: „Ich kann nicht anders, — zürnen Sie mir, verdammen Sie mich, — aber ich kann nicht, über allem steht mir die Pflicht, die Kindespflicht! Wüßte ich, daß Rößl ein Unwürdiger wäre, — dann, ja dann würde ich mich keinen Augenblick bedenken, mich frei zu machen, um jeden Preis, so aber halte ich mich für gebunden, und wenn ich eine innige Bitte an Sie richten darf, wenn ich Ihnen so nahe stehe, wie ich es glaube und wie Sie selbst mir versichern, dann tun Sie auch Ihrerseits alles, um uns das Schwere nicht noch schwerer zu machen, dann lassen Sie uns jetzt scheiden und uns so lange meiden, bis die Zukunft entschieden haben wird, bis die Vorsehung uns den Weg führt, der uns trennt oder eint für immer. Wollen Sie mir das versprechen?"

„Das kann ich nicht! Ich kann und will es nicht!" Hasso hatte sein Gesicht in beide Hände vergraben: „Marianne, Sie wissen nicht, was Sie fordern! Ein Mann ist anders geartet als ein Mädchen; ich will um unser Glück kämpfen, ich werde mit Ihrem Herrn Vater — mit Rößl sprechen..."

„Nein, das werden Sie nicht tun, — aus Liebe zu mir, nicht, — wie Gott es fügt, so ist es recht und richtig; er wird auch uns den Weg führen, den seine Allmacht und Güte uns bestimmt hat. Und nun zum letzten Male: Lassen Sie uns heimkehren!"

Am westlichen Horizont türmten sich drohende schwarze Wolken, pfeifend fuhr ein Windstoß über den See, kräuselte die dunkle Flut und jagte kleine, schaumgekrönte Wellen vor sich her. Alles Licht, aller Sonnenglanz waren erloschen. Fahl und düster starrte das Schilf empor, und das Wasser hatte eine fast schwarze, unheimliche Färbung angenommen. Wortlos griff Hasso nach den Rudern und trieb den Kahn mit wuchtigen Schlägen dem Ufer zu, daß der Kiel sich knirschend in den feuchten Sand bohrte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Konferenz von Sinaja.

Doch noch polnische Vertreter in Sinaja?

Wie die PAT. aus Warschau unter dem 29. Juli meldet, ist der frühere Gesandte in Prag, Piltz, in spezieller Mission nach Bukarest gereist; der Direktor des politischen Departements im Außenamt, Dr. Kozminski, hat nach derselben Quelle einen zehntägigen Urlaub angetreten. Der „Robotnik" erklärt dazu, daß beide Nachrichten nach seinen sicheren Informationen unrichtig sind. Beide Diplomaten sollen sich am Sonnabend nach Sinaja begeben haben. Der „Robotnik" stellt dabei die Frage, welches wohl der Zweck dieser Reise sein möge.

Jugoslawisch-tschechische Vorverhandlungen für Sinaja.

Nach einer Meldung der „D. A. Z." aus Bukarest fanden in Sinaja vor dem eigentlichen Beginn der Konferenz Verhandlungen zwischen dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch und dem jugoslawischen Außenminister Nintschitsch statt, die sich zu diesem Zweck vor Beginn der Konferenz von Bukarest nach Sinaja begeben haben.

Was das Programm der Sinaja-Konferenz betrifft, so sollen, nach Äußerung des rumänischen Außenministers Duca, zwanzig Programmpunkte vorgesehen sein. Die Verhandlungen der Konferenz sehen folgende Fragen im besonderen vor:

1. Die Beziehungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Polen und die zu ergreifenden Mittel, um die zwischen Polen und der Tschechoslowakei bestehenden Schwierigkeiten, zwecks einer Verständigung zwischen diesen beiden Staaten zu überwinden.
2. Die Beziehungen Rumäniens und Jugoslawiens zu Rußland. Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, werden von seiten des Außenministers Benesch Bemühungen einsetzen, um Rumänien zu einer Milderung seiner rußlandfeindlichen Politik zu veranlassen.
3. Die Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente zu Ungarn.
4. Die Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente zu Italien.
5. Die Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente zu Griechenland.
6. Die Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente zu Bulgarien.
7. Die Haltung der Staaten der Kleinen Entente auf der bevorstehenden Herbsttagung des Völkerbundes.
8. Wirtschaftsfragen u. a. m.

Der polnische Gesandte in Bukarest soll, nach Meldungen der Warschauer Presse, obwohl nicht offiziell an der Sinaja-Konferenz teilnehmend, über die laufenden Konferenzverhandlungen unterrichtet werden.

Die Sonntagsverhandlungen in Sinaja.

Am Sonntag fanden in Sinaja eingehende Beratungen sämtlicher Außenminister statt. In allen Punkten wurde eine völlige Einigung erzielt. Die Bitte der ungarischen Regierung, die die Revision der Angelegenheit der ungarischen Staatsgüterpfändungen betrifft, wurde geprüft. Es wurden hierzu entsprechende Beschlüsse gefaßt. Die Konferenz befaßte sich dann mit der Frage der Tagesordnung der nächsten Völkerbundssitzung. Auch hierüber einigte man sich ganz und gar. Darauf wurden verschiedene Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur erörtert, die für die Kleine Entente und das Verhältnis zu den alliierten und assoziierten Mächten von Bedeutung sind.

Der „Matin" schreibt zur Konferenz von Sinaja folgendes: „Obwohl es wenig wahrscheinlich ist, daß die kleine Entente sogleich alle jungen Staaten vereinigen wird, so steht es doch fest, daß die Kleine Entente in der Mehrzahl der europäischen Fragen auf gemeinsamer Linie mit Polen schreiten wird. Die drei Tage der Konferenz werden keinesfalls für den Frieden und den Schutz der Verträge verloren sein.

Griechenland wünscht einen neuen Balkanbund.

Die Wiener „Neue Freie Presse" meldet aus Sinaja: In Konferenzkreisen rief die Nachricht aus Athen großes Erstaunen hervor, daß der griechische Gesandte in Bukarest den Auftrag erhielt, sich mit Nintschitsch und Duca über die Gründung eines neuen Balkanbundes zu verständigen, zu dem Jugoslawien, Rumänien und Griechenland gehören würden. Dieser neue Block, der im Rahmen des Friedensvertrages von Neuilly gedacht wird, würde von der Kleinen Entente unabhängig sein. So wie es die Aufgabe der Kleinen Entente sei, über die Ausführung des Vertrages von Trianon und über die Krisen in Mitteleuropa zu wachen, ebenso würde eine Aufgabe des Balkanbundes die Sorge um die Ausführung des Traktates von Neuilly und die Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Balkan sein.

Ungarische und bulgarische Angelegenheiten.

Am Montag bildeten den Hauptgegenstand der Debatte die Frage der Aufhebung des Pfändungsrechtes von ungarischem Staatsbesitz. Die Delegierten einigten sich dahin, den Ungarn ihre gegenwärtige schwere Lage zu erleichtern unter der Bedingung, daß Ungarn nicht die erhaltenen Kredite zur Bewaffnung oder zu irredentistischer Propaganda benutzt. Ungarn hat sich nach Meinung der Konferenz noch nicht vollständig entwaffnet, und die ungarische Regierung hat sich unfähig gezeigt, die Tätigkeit der irredentistischen Vereinigungen zu verhindern, die die Idee der Revanche beleben und gegen die Nachbarstaaten hetzen. In dieser Angelegenheit betont die Konferenz, daß man von Ungarn gewisse Garantien fordern müsse. Was Bulgarien anbetrifft, so erklärte man, daß, solange die neue Regierung die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, es keinen Grund gibt, die guten nachbarlichen Beziehungen nicht fortzusetzen.

Italien für die Revision der Verträge.

Die Auffassung, daß der Friede von Lausanne nur die erste Etappe auf dem Wege der Revision der Friedensverträge bilde, gewinnt in der italienischen Presse an Boden. Die ministerielle „Gazzetta del Popolo" schreibt, der Lausanner Friede müßte für eine gewisse Großmacht als ernste Mahnung dienen, denn wenn nach Mussolinis klugem Ausspruche kein Vertrag ewig ist, gebe es eine gewisse Kategorie von Verträgen, die bloß ein Eintagsleben haben, wie jener von Sèvres und die anderen Verträge, welche nahezu im Sterben liege, es sei denn, daß man neue Kriege führe, um sie am Leben zu erhalten.

Frankreichs Vertretung beim Völkerbund.

Man beschäftigt sich gegenwärtig am Quai d'Orsay damit, die Vertretung Frankreichs beim Völkerbund zu regeln. Bekanntlich hat Frankreich drei Delegierte: Bourgeois, Viviani und Hanoteaux und drei Stellvertreter: Georges Reynald, Henry de Jouvenel und Abg. Barthelemy, die die französischen Interessen beim Völkerbund wahrnehmen.

Eine Reise Millerands nach England.

In Pariser offiziellen Kreisen spricht man von einer Reise, die Präsident Millerand für das nächste Jahr nach England plane.

Die Sympathie des Papstes für Deutschland.

Der Erzbischof von Köln hat an den Papst ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm für die 100 000 Lire, die Pius XI. den deutschen Studenten kürzlich zum Geschenk gemacht hat, seinen Dank ausspricht und hinzufügt, „daß diese großherzige Handlung in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse eine besondere Bedeutung gewinne."

Abbruch der Memelverhandlungen in Paris.

Wie die „Litauische Telegraphenagentur" meldet, haben die Pariser Verhandlungen in der Memel-Frage zu keinem Ergebnis geführt, da die polnische Delegation Forderungen stellte, die ausgesprochen politischen Charakter tragen. Dagegen machte die litauische Delegation Vorschläge, den Polen freien Transitverkehr und wirtschaftliche Rechte im Memeler Hafen zuzusprechen. Die Verhandlungen sind abgebrochen worden. Die litauische Delegation kehrte nach Kowno zurück; der Ausschuß soll dem Botschafterrat den Verlauf der Verhandlungen zur Kenntnis bringen. Die polnische Presse dagegen betont in bewußter Tendenz, daß man aus französischen Äußerungen entnehmen könne, daß alle polnischen Forderungen vor der Botschafterkonferenz Gehör finden würden. Man könne als sicher annehmen, daß die von der Botschafterkonferenz anzunehmende Regelung für Polen durchaus zufriedenstellend sein werde. Eine „Einigung" mit Litauen stände kurz bevor.

Aus Amerika.

Schiffsunfall des Präsidenten Harding.

Der Transportdampfer „Henderson", an dessen Bord sich Präsident Harding und seine Begleiter befanden, ist mit einem Torpedobootszerstörer zusammengestoßen. Die beiden Maschinenräume des Torpedobootszerstörers wurden von dem eindringenden Wasser überschwemmt, doch konnten sämtliche Personen auf den Torpedobootszerstörer „Nicolas" gerettet werden.

Komplott gegen den Präsidenten.

Einer Meldung aus Chicago an die Londoner „Central News" zufolge habe Burns, der Leiter des amerikanischen Sicherheitsdienstes, erklärt, daß gegen den Präsidenten Harding während seiner Rundreise in West-Kanada und Alaska ein Komplott zu seiner Ermordung geschmiedet worden sei. Zwei russische Anarchisten, Kurinsky und Buchwick, hätten von einem geheimen Verbande den Auftrag erhalten, den Mord zu begehen. Die Polizei überwache zurzeit Kurinsky.

Auch Amerika rüstet.

Nach einer Meldung des „Neuyork Herald" aus Washington verlautet dort, daß das Kriegsdepartement eine Kreditvorlage einzubringen beabsichtige, um die zurzeit 137 000 Mann betragende Effektivstärke der amerikanischen Armee auf 150000 Mann erhöhen zu können.

Sowjetrußland.

Umgestaltung des russischen Außenhandels.

Der Chef der sowjetrussischen Handelsvertretung in Deutschland, Stomoniakow, ist in Moskau eingetroffen, um an Beratungen über die zweckmäßige Umgestaltung des Außenhandelskommissariats teilzunehmen, die nunmehr zur Ausführung gelangen soll; ebenso soll zur Kreditierung des Außenhandels auf breiterer Basis eine spezielle Bank für Außenhandel gegründet werden; jedenfalls werden diese Maßnahmen neuerdings wieder vom Staatlichen Planausschuß mit Entschiedenheit vertreten. Herr Stomonikow hat eine Reihe neuer Vertragsentwürfe mit ausländischen, insbesondere deutschen Firmen nach Moskau mitgebracht und wird sich mehrere Wochen hier aufhalten.

Trotzki über die Mängel der Sowjetpresse.

Trotzki beginnt in der Moskauer „Prawda", dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, eine Artikelreihe über die Sowjetpresse, an deren Mängeln er schonungslose Kritik zu üben verspricht. Die drucktechnische Seite der Sowjetzeitungsproduktion sei eine Schmach für die Partei. Wenn man eine Zeitung kaufe, so sei es wie bei einer Glückslotterie: man wisse nie vorher, ob man eine lesbare oder völlig blinde Nummer erwische. In Rußland, dem Lande der Analphabeten oder nur mühsam Lesenden, sei dieser Umstand besonders bedenklich. Der Druckfehlerteufel treibe so monströsen Schabernack, daß man an einen Ausspruch Leo Tolstois gemahnt werde, der Buchdruck sei ein Mittel zur Verbreitung von Unwissenheit. Die redaktionelle Aufmachung des Telegramm- und Funkdienstes nehme keinerlei Rücksicht auf den geistigen Horizont des proletarischen Lesers, und man müsse sich angesichts der systemlosen Aneinanderreihung, insbesondere der Auslandsdepeschen fragen, ob die Redakteure selbst sich über den Zusammenhang der weltbewegenden Geschehnisse Rechenschaft zu geben bemühen. Mit der Unkenntnis des Durchschnittslesers in geographischen Dingen werde auch keineswegs gerechnet. Ein besonders wunder Punkt, besonders der Inlandsinformation, seien die oft nur den eingefleischtesten Sowjetbureaukraten verständlichen Abkürzungen für die Namen gewisser Sowjetinstitutionen. Die Leitartikel sind oft so allgemein gehalten, daß man im Zweifel sei, um welchen konkreten Gegenstand die Diskussion sich eigentlich drehe. Die Chronik der Lokalereignisse werde von der Sowjetpresse ganz zu unrecht völlig vernachlässigt; die Zeitung habe kein Recht, Dinge zu ignorieren, welche die Masse und die Straße interessieren; man dürfe sich der angeborenen Neugier nicht scheinheilig verschließen, immer eingedenk der Tatsache, daß die kommunistische Partei eine Partei der Massen, Sowjetrußland ein revolutionärer Staat sei, nicht aber ein geistlicher Orden oder ein Kloster.

Das erste Duell in der Roten Armee.

Vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes in Moskau gelangte soeben ein Prozeß zur Verhandlung, der, wie der „Ost-Expreß" meldet, von prinzipieller Bedeutung für die Sowjetjustiz ist. Es handelt sich um das erste Duell in der Roten Armee, und zwar zwischen den Hörern der Roten Kriegsakademie Djakonow und Tertow, die beide alte Mitglieder der Russischen Kommunistischen Partei und Ritter des Ordens der Roten Fahne sind. Den Anlaß zum Duell gab eine Eifersuchtsgeschichte, deren Heldin die 21jährige Nina Mocciavelli ist. Das Duell wurde an einem Junimorgen d. Js. in einem vorstädtischen Park Moskaus auf Revolver ausgetragen, und zwar im Beisein der Mocciavelli, und endete mit dem sofortigen Tode Djakonows. Das Gericht machte geltend, Tertow habe genau gewußt, daß das Duell ein Überbleibsel der feudalen Gesellschaftsordnung und dem Geiste der proletarischen Gesellschaft und der Roten Armee völlig fremd sei. Der ebenfalls angeklagten Mocciavelli wird insbesondere zur Last gelegt, daß sie nicht nur das um ihretwillen beschlossene Duell nicht verhindert, sondern sogar persönlich dem Duell beigewohnt habe.

Alte Auslandspost über Moskau.

Der russische Volkskommissar für Post- und Telegraphenwesen hat eine Verfügung erlassen, wonach die ganze Korrespondenz, die ins Ausland aus allen Städten Sowjetrußlands geht, über das Postamt in Moskau geleitet werden muß.

Die Ukrainisierung der Ukraine.

Die Ukrainisierung des Bildungswesens und der Behörden in der Ukraine, die mit den Gouvernements Charkow und Kiew begann, wird jetzt auf die Provinz ausgedehnt. Der ukrainische Rat der Volkskommissare hat verfügt, daß die Geschäftsführung sämtlicher Gouvernementsorgane der Ukraine in ukrainischer Sprache zu erfolgen hat, mit Ausnahme jener Landesteile, wo die Mehrzahl der Bevölkerung Russen sind. Auch die Geschäftsführung der „Komitees der unbemittelten Bauern", die sich bisher als Propagandainstitutionen der Sowjetregierung dem Ukrainertum gegenüber ablehnend verhielten, muß fortan in ukrainischer Sprache erfolgen. Charkow wird zur Hauptstadt der Ukraine proklamiert.

Rußland und Persien.

Nach einer „Havas"-Meldung aus Teheran ist dort die neue Handelsdelegation der Sowjetregierung angekommen, die die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Persien verbessern und die russische Warenausstellung in Teheran organisieren soll. Es wird beabsichtigt, in Teheran eine neue russische Bank einzurichten.

Die Volksnasire von Buchara.

In der Sowjetrepublik Buchara hat ein Regierungswechsel stattgefunden. In dem betreffenden Erlaß des Zentralexekutivkomitees heißt es, daß einige Mitglieder des bisherigen Rates der Volksnasire (Volkskommissare) ihre Amtsgewalt zum eigenen Vorteil mißbraucht haben und infolgedessen ihres Amtes enthoben und des Landes verwiesen werden. Unter den gemaßregelten Volkskommissaren befinden sich die Nasire für Auswärtiges und für Finanzen.

Unterzeichnung des Meerengen-Abkommens in Rom.

Einer Meldung des „New York Herald" aus Lausanne zufolge hat der Sowjetvertreter in Rom, Jordanski, seitens seiner Regierung die Anweisung erhalten, das Meerengen-Abkommen in der italienischen Hauptstadt und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, in Konstantinopel zu unterzeichnen.

Ein finnländisch-russisches Schiffahrtsabkommen.

Der Bundesrat der Volkskommissare hat den Entwurf eines Abkommens mit Finnland bestätigt, das die Aufrechterhaltung der Ordnung im Finnischen Meerbusen regelt. Das Abkommen betrifft ferner die gegenseitige Hilfeleistung bei Schiffsnot.

Kasernenverfall und Heizstoffmangel im Sowjetheer.

Die Moskauer „Prawda" schreibt unter der Spitzmarke „Ein wunder Punkt der Roten Armee", die Kasernen der Armee befänden sich nachgerade in einem so reparaturbedürftigen Zustande, daß die für die Instandsetzung bereitgestellten Staatsmittel kaum die Hälfte der Reparaturkosten decken können. Während des Welt- und des Bürgerkrieges seien die russischen Kasernen fast gar keiner Reparatur unterzogen worden. Allein für die Instandsetzung der Moskauer Kasernen seien mindestens 1 600 000 Goldrubel erforderlich, während zurzeit nur 800 000 Goldrubel zur Verfügung ständen. Nicht besser sei es mit der Beschaffung von Heizmitteln für die kommende Winterzeit bestellt.

Ein deutscher Dampfer in Archangelsk beschlagnahmt.

Der in Archangelsk eingelaufene deutsche Dampfer „Merkur", der früher der russischen staatlichen Nordischen Reederei unter dem Namen „Peter Berg" gehörte und von der Entente später an Deutschland verkauft wurde, ist auf Anordnung der Moskauer Zentralbehörden als Eigentum Sowjetrußlands erklärt und beschlagnahmt worden. Der Dampfer „Merkur" ist der Nordischen Reederei übergeben worden. Der Dampfer „Merkur" gehört der deutschen Reederei Heinrich Schmidt-Flensburg. Die deutsche Regierung verlangt von der russischen Regierung, daß ein neutrales Schiedsgericht entscheiden soll.

Verbot der Kaviarausfuhr aus Rußland.

Aus Helsingfors wird geschrieben: Das Volkskommissariat für Außenhandel hat soeben durch Zirkular die Ausfuhr von Kaviar aus der gesamten Sowjetrepublik verboten. Diese Verfügung ist darauf zurückzuführen, daß die Kaviarpreise im Auslande eine sinkende Tendenz zeigen.

Deutsches Reich.

** **Das Provinzialschulkollegium in Oppeln.** Die Pressestelle des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt mit: Das für die Provinz Oberschlesien errichtete Provinzialschulkollegium in Oppeln wird seine Amtstätigkeit am 1. August 1923 beginnen. Die Stadtverwaltung Oppeln hat den Auftrag erhalten, die Vorbereitungen für die Aufnahme der Tätigkeit des Provinzialschulkollegiums zu treffen.

** **Preiserhöhung für Zeitungsdruckpapier.** In den nächsten Tagen wird durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums der Höchstpreis für Zeitungsdruckpapier neu festgesetzt. Er wird betragen für Rollenpapier 874 000 M., für Formatpapier 874 250 M. Die Preise gelten jedoch nur für dasjenige Zeitungsdruckpapier, das für den Druck von politischen Zeitungen, Zeitschriften, offiziellen Organen von Berufsvertretungen, Wochenzeitungen und sonstigen Blättern bestimmt ist, die auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse Rückvergütungen auf den Druckpapierpreis erhalten. Die Heraufsetzung des Höchstpreises erfolgt wegen der inzwischen eingetretenen Kohlenpreis- und Lohnerhöhungen.

** **Prozeß gegen Walter Oehme.** Nach Blättermeldungen wurde der Prozeß gegen den Journalisten Walter Oehme, der beschuldigt wird, das Interesse des Reiches schädigende Nachrichten an Zeitungen weitergegeben zu haben, auf den 1. Oktober vor dem Reichsgericht in Leipzig anberaumt. Oehme hat mitteilen lassen, daß er in den Hungerstreik treten werde, falls bis zum 31. Juli der Prozeß nicht eröffnet sei.

Freistadt Danzig.

†* **Einigung über die Löhne der Hafenarbeiter.** Am Sonnabend fanden in Danzig weitere Verhandlungen über die Löhne der Hafenarbeiter statt. Es wurden die Tageslöhne auf 720 000 Mark, die gewöhnlichen Überstundenlöhne auf 180 000 Mark die Stunde, die nächtlichen Überstunden auf 202 000 Mark, Sonntagsarbeitsstunden auf 225 000 Mark festgelegt. Die Entschädigung für Schuhwerk wurde auf 80 000 Mark täglich festgesetzt. Die Hafenarbeiter sind auf diese Lohnerhöhung eingegangen. Der neue Tarif gilt vom 4. August.

Aus aller Welt.

Die Universität Gent wird doch flämisch. Die Kammer lehnte mit 108 gegen 56 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen den Vorschlag auf Veranstaltung einer Volksabstimmung in den vier flämischen Provinzen über die Genter Universitätsfrage ab und nahm mit 87 gegen 75 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen den Gesetzentwurf betreffend die Flamisierung der Genter Universität an.

Ein amerikanischer Minister auf Reisen. Der amerikanische Minister für öffentliche Arbeiten Davies ist ins Ruhrgebiet gekommen, um die größeren Städte zu bereisen. Davies begibt sich dann nach London.

Ermordung eines tschechischen Grenzsoldaten. Aus Zittau i. S. meldet Pat., daß ein Inspektor der tschechischen Grenzwehr namens Ruß von einem gewissen Weihart aus Königstein ermordet wurde. Der Mörder soll während der Flucht erschossen worden sein.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt).
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land: i. V. Robert Styra; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Mittwoch, 1. August 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 171.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 31. Juli.

Ministerpräsident Witos in Posen.

Ministerpräsident Witos weilte am vergangenen Sonntag inkognito in Posen. Gleich nach seiner Ankunft hielt er eine längere Konferenz mit Mitgliedern des Posener Bezirksvorstandes der Piastenpartei ab. Am Nachmittag kam er mit Roman Dmowski zusammen. Darauf empfing er den Stadtpräsidenten Ratajski, mit dem er nicht nur Fragen besprach, die die Stadt Posen selbst, sondern auch das ganze Posener Teilgebiet angingen. Mit dem Abg. Dr. Wachowiak von der Nationalen Arbeiterpartei besprach er die allgemeine politische Lage und gewisse Fragen Posens und Pommerellens. Am Abend gab der frühere Minister und jetzige Direktor der Bank Handlowy Dr. Hącia in Unterberg zu Ehren des Ministerpräsidenten ein Festessen, an dem unter anderem auch Geistlicher Senator Adamski, Stadtpräsident Ratajski, Rektor Święciecki und Abg. Dr. Wachowiak teilnahmen. Um Mitternacht kehrte Ministerpräsident Witos nach Warschau zurück.

Immer wieder die „Deutsche Gefahr".

Der „Kurjer" kann keine Ruhe finden bei Tag und bei Nacht. Nun ist wieder eine große Aufregung in seine gequälte Seele geraten. Er hat nämlich „festgestellt", daß viele polnische Lehrinstitute deutsche Bücher von einer deutschen Buchhandlung kaufen. Das ist allerdings ein ganz „neuer" Fall. Der „Kurjer" schreibt:

„Verschiedene Lehrinstitute in Posen und viele Polen verschaffen sich nötige deutsche Bücher aus Deutschland unter Vermittlung einer deutschen Buchhandlung in Posen, obwohl hier ungefähr 10 große polnische Buchhandlungen (sic) existieren, die auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Hier möchten wir erwähnen, daß das offizielle Berliner „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" vom 18. Juli einen eingehenden Bericht über den diesjährigen Leipziger Kongreß der deutschen Buchhändler enthält. Aus dem Bericht geht hervor, daß auf dem Kongreß „Spenden für das Ruhrgebiet" gesammelt wurden, und daß der Vertreter des Verbandes deutscher Buchhändler in Polen, Herr Arnold Kriedtke aus Graudenz, deutlich erklärt hat, daß die deutschen Buchhandlungen in Polen heute eine der wenigen verbliebenen Stützen der deutschen Kultur in den verlorenen Gebieten bilden. Die Schlußfolgerung aus dieser Erklärung ist die: Alle diejenigen, die ihren Bedarf in der deutschen Buchhandlung decken, stärken eine der verbliebenen Stützen der deutschen Kultur in Polen. Wie soll man demgegenüber das Verfahren polnischer Institutionen und von Polen bezeichnen? Wie soll man sie einschätzen?"

Seltsame Widersprüche! Man verschafft sich Bücher in deutscher Sprache, die nötig sind. Nun freilich, weil man nämlich keine polnische Fachliteratur auf allen Gebieten der modernen Wissenschaft besitzt. Man unterstützt eine deutsche Buchhandlung? Aus sehr einfachem Grunde, weil die Buchhandlung wahrscheinlich die besten Verbindungen hat und am schnellsten liefert. Darauf kommt es nämlich an. Aber man verdammt die deutsche Kultur, jene Stützen des Geisteslebens, die noch keinem Volke zum Schaden gereichten. Man hat deutsche Bücher nötig und will doch von den Deutschen nichts wissen; man schimpft und schreit, aber die deutschen Bücher bilden den Grundstock der neu heranwachsenden polnischen Nation. Man setzt deutsche Kultur in Gänsefüßchen (im „Kurjer"), aber die Universität kann nicht ganz ohne deutsche Bücher sein. Und dann kommt am Ende doch die bekannte Frage, was soll man tun? Eine Frage, die keiner Antwort würdig ist. Aber man muß doch tun, als ob man allein in Posen etwas zu sagen hätte. Es ist die Stunde nicht mehr weit, in der man in Posen, in der Stadt der Demagogie bestimmter politischer Drahtzieher, das Lied vom „Kurjer, Kurjer über alles!" singen wird. Im Grunde handelt es sich natürlich um eine reine geschäftliche Reklame unter dem Mantel des „Patriotismus zum Schutze der Kultur".

Die Neuzeit.

Das Wort „Neuzeit ist fast plötzlich zu einem der viel genanntesten ausgewachsen, wird von Berufenen und Unberufenen, von Verstehenden und mehr noch von Verständnislosen angewendet. Es werden die verschiedensten Begriffe mit diesem Wort verknüpft, Hoffnungen und Erwartungen heimlich und öffentlich vorausgesetzt.

Es ist somit durchaus nicht nutzlose Arbeit, den Begriff Neuzeit näher zu besprechen und seine Bedeutung zu erklären suchen.

Um dem Wort in seiner ganzen Bedeutung näher zu kommen, sind die früheren Zeitverhältnisse zum Vergleich heranzuziehen. Je weiter zurück die Vergleiche herangezogen werden, je mehr wir die Kette früherer Zustände und Eigenheiten verlängern, immer tiefer und weiter einstige Lebenstatsachen herbeiholen, die man Weltgeschichte nennt, um so wertvoller wird unser Verständnis für das Geschehen, das wir Neuzeit nennen. Ganz andere Bilder rollen sich vor unserem Auge auf. Um die Einzelheiten, die der Neuzeit voraneilten, ihr den besonderen Stempel gaben, formt sich das Urteil mit seinen Folgerungen, die wir an die Neuzeit knüpfen, ebenso die Ursachen, warum das Wort in aller Rede steht.

Die einen sehen in der Bezeichnung Neuzeit Befreiung von allen Fesseln der Unterordnung, von der Einordnung in gesellschaftliche Sitte und Anstand oder gar die Beseitigung geistigen Vorranges, also unbeschränkter Willensfreiheit. So manche andere erwarten Beseitigung veralteter Anschauungen, die hemmend der Entwicklung der großen Masse entgegen waren, und fordern für sich die gleichen Lebensmöglichkeiten, die bisher für sie in weiter Ferne standen.

Wieder andere erhoffen die Auferstehung geistiger und sittlicher Größe des Menschengeschlechts, die ihre Staats-, Gesetzes- und Rechtsformen aus einem geläuterten Willen erstehen lassen und Achtung fordern und freiwillig Achtung geben für die staatliche Ordnung mit ihren Konsequenzen, die sie selbst gewählt haben.

So wäre der Disziplin die Schärfe genommen, sie zu einer Tat freien Volkswillens umgestellt, vor der jede Parteizersplitterung zurücktreten müßte.

Aus einer solchen Ein- und Unterordnung, die jede Staatsform zur höchsten Entwicklung gelangen lassen kann, wird jene Verbrüderung entstehen, die man Humanität, noch besser Nächstenliebe nennt, die alle Zwistigkeiten von vornherein ausschließt. Damit wäre das große Wappenschild erstanden, das Völker und Menschen einander verbündet: ein Weltbund reiner Menschlichkeit.

Wir könnten die Zeit segnen, die solche Neuerungen erstehen ließe.

✕ **Befreiung von der Wagengestellung im Kriege.** Das Starostwo Grodzkie teilt folgendes mit: Im Sinne des § 9 der Verfügung des Kriegsministers vom 11. Mai 1922 können für die Benutzung im Heere für brauchbar befundene Wagen (Wirtschaftswagen, Personenfahrzeuge und Bauernschlitten), wenn der Heeresbedarf es gestattet, mit Rücksicht auf wichtige Wirtschaftsinteressen von der Gestellungspflicht befreit werden, und zwar: 1. Wagen von Industrieunternehmen auf dem Gebiete der Kriegsindustrie, sowie Unternehmen von besonderer sozialwirtschaftlicher Bedeutung, wenn sich die Ersetzung der Wagen durch Material, das für Kriegszwecke unbrauchbar ist, nicht ohne Schaden für die Tätigkeit des Unternehmens bewerkstelligen läßt; 2. Wagen, die zur Bestellung des Landbesitzes unbedingt notwendig sind. Gesuche um Befreiung von der Gestellungspflicht müssen im Bereich der Stadt Posen an das Starostwo Grodzkie bis zum 11. August eingereicht werden und folgendes enthalten: 1. den Vor- und Zunamen sowie die Adresse des Besitzers bzw. Eigentümers, 2. die genaue Zahl und Beschreibung der Wagen, um deren Befreiung der Antragsteller bittet, 3. die Gründe für das Befreiungsgesuch. Die Gesuche sind frei von Stempelgebühren.

Trauergedächtnisfeier. Heute, am Jahrestage seiner Ermordung, fanden für den Stadtrat Kaźmierczak in der Kapelle des Stadtkrankenhauses und in der Pfarrkirche Trauermessen statt, zu der namentlich die Kommunalbeamten zahlreich erschienen waren.

Die Abende werden kühler. Wir wurden in diesem Jahre stiefmütterlich behandelt vom Sommer. Nur kurze Zeit brannte die Sonne auf uns hernieder. Dann zwar mit verschärfter Kraft, und die braunen, sich schälenden Gestalten zeigten zur Genüge, daß tatsächlich Sommer war. Die Freude dauerte aber nicht allzu lange. Schon fühlt man den Spätherbst; der Hochsommer geht zur Neige, die Abende werden kühl, und man kann wieder einen leichten Mantel vertragen. Das Laub hängt bereits zum Teil gelb an den Zweigen, und wer abends außerhalb der Stadt weilt, wird sogar eine empfindliche Kälte feststellen können. So bereitet man sich auf die kühlen Tage vor, ahnt schaudernd die kommenden Tage, da man wieder Kohlen benötigt.

✕ **Jahrmärkte im August.** Dobrzyca (Kreis Krotoschin) am 22. 8. P. Pf., Gostyn am 30. 8. K. V. Pf. Schw., Jarotschin am 22. 8. K. V. Pf. Schw., Jutroschin (Kr. Rawitsch) am 18. 8. K. V. Kempen am 8. 8. K. V. Pf., Koschmin am 16. 8. V. Pf., Adelnau am 23. 8. allgem., Ostrowo am 28. 8. K. V., Sulmierschütz (Kreis Adelnau) am 7. 8. allgem., Zduny (Kreis Krotoschin) am 9. 8. K. V. Pf., Zerkow (Kreis Jarotschin) am 14. 8. K. V. Pf. Schw.

Vorsicht mit Tintenstiften! Es dürfte nicht genügend bekannt sein wie vorsichtig man bei kleinen Verletzungen an den Händen mit Tintenstiften umgehen muß. In Wien hat kürzlich ein Arzt einen Kranken vorgestellt, der sich mit einem Tintenstift eine kleine Verletzung am Daumen zugezogen hatte, so daß eine Operation erfolgen mußte. Die Verletzung sah zuerst ganz harmlos aus, bald aber machte sich rings um die kleine Wunde herum eine immer weiter zunehmende Abtötung der Gewebe bemerkbar. Es sind weiter Fälle bekannt, in denen nach Verletzungen, durch Tintenstifte verursacht, die Sehnen angegriffen wurden und sogar eine Abnahme von Fingergliedern notwendig wurde. Man gehe daher mit Tintenstiften äußerst vorsichtig um. Die Gefahr wird zu leicht unterschätzt.

Folgendes drastisches Beispiel für die gegenwärtige maßlose Teuerung führt die „Augsburger Abdztg." an: Heute kostet der Darm zu einem Bratwurstpaar so viel wie 1914 die schönste Kuh.

✕ **Beschlagnahmt.** Ungefähr drei Zentner Schlemmkreide wurden zwei Männern abgenommen, die sich über den Besitz der Schlemmkreide nicht genügend ausweisen konnten. Die Schlemmkreide liegt im 2. Polizeikommissariat in der Wielkie Garbary (fr. Große Gerberstraße).

✕ **Einbruchsdiebstahl.** Aus einer Wohnung in der ul. Wielka 7 wurden drei dunkelblaue Herrenanzüge, ein Smoking, ein Sportpelz, ein Herbstpaletot, ein Winterüberzieher, ein dunkelbrauner Damen-Winterpaletot und drei Kindermäntel gestohlen. Der Wert wird auf 10 Millionen Mark angegeben.

✕ **Diebstahl.** Aus einer Wohnung in der ul. Konopnickiej 13 (fr. Goethestr.) wurden ein dunkelblaues Damenkostüm 2 Schlafröcke und drei Aktentaschen mitgenommen. In der einen Aktentasche befanden sich ungefähr 50 Aktien der Firma „Patria". Der Wert der gestohlenen Sachen wird auf 30—35 Millionen Mark geschätzt. Der Diebstahl scheint schon längere Zeit zurückzuliegen, wurde aber erst in den letzten Tagen bemerkt.

---

hm. **Buk,** 30. Juli. Am gestrigen Sonntag fand nach dem Gottesdienst eine Sitzung der vereinigten evangelischen Körperschaften statt. Der Vorsitzende, Pfarrer Schmidt, verpflichtete zuerst die neugewählten Gemeindevertreter durch Ansprache und Handschlag auf ihr neues Amt. Hierauf wurde festgestellt, daß das Weiterbestehen der Kirchengemeinde gewährleistet ist. Nach Verlesung des Kirchen- und Pfarrkassenetats für das Jahr 1923/24 wurde derselbe angenommen. Nachdem dann noch einige Gehälter der Kirchenangestellten erhöht wurden und ein paar kurze Anträge durchgesprochen waren, schloß der Vorsitzende um 12½ Uhr die Sitzung. — In den Nachmittagsstunden von 2 bis 4 Uhr zogen über Buk sehr schwere Gewitter mit starkem Regen; Unfälle durch Blitzschlag sind zum Glück nicht vorgekommen. — Unser Mitbürger, der Kaufmann M. Bithiner, hat aus Anlaß seiner in Berlin glücklich überstandenen Operation einen namhaften Betrag an unbemittelte Familien überweisen lassen und damit den Empfängern der unerwarteten Spende eine große Freude bereitet. Gewiß eine wahrhaft großherzige Tat, die Nachahmung verdient. Herr Bittiner ist von jeher als sehr wohltätig bekannt und hat schon wiederholt große Spenden zur Unterstützung Bedürftiger an solche gelangen lassen.

* **Graudenz,** 26. Juli. Dieser Tage ertrank beim Baden in der Weichsel der Beamte Kazimierz Lange. Verspätet wird von einem Falle von Ertrinken gemeldet, der sich bereits am Sonntag, dem 15. d. Mts., ereignet hat. An diesem Tage verunglückte beim Baden im Weichselstrom ein junger Mann namens Josef Kraszkiewicz; er war verlobt und hinterläßt seine alte Mutter. Die Leiche wurde Dienstag voriger Woche gefunden und am Freitag beerdigt. Die bedauernswerten Angehörigen waren leider ohne Kenntnis hiervon geblieben, so daß die Bestattung ohne ihre Teilnahme stattfand, ein gewiß eigenartiger und besonders tragischer Fall. Die am Ufer liegende Kleidung haben gewissenlose Menschen gestohlen, und damit zugleich eine Brieftasche mit 1½ Millionen Mark, sowie einem Scheck über noch größere Summen. — In einem hiesigen Hotel wurde am Montag ein Warschauer Kaufmann S. in seinem Zimmer erhängt aufgefunden. Er war am 18. d. Mts. zugereist und hatte schon von Anfang an eine starke Nervosität verraten. Am kritischen Tage ließ er sich, obwohl man ihn früh wecken mußte, überhaupt nicht sehen, so daß Hotelbedienstete endlich abends in der 8. Stunde die Tür öffneten. Im Zimmer bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick: an den Röhren der Wasserleitung hing entseelt der Gast, der die Tat bereits, wie der herbeigerufene Arzt erklärte, vormittags gegen 10 Uhr begangen haben muß. Die Leiche wurde in das städtische Krankenhaus gebracht.

* **Konitz** 25. Juli. Am Sonnabend, dem 21. Juli, um 9¼ Uhr, ertönte in unsern Stadtmauern die Feuerglocke. Auf dem Futterspeicher der Speditionsfirma Borkenhagen und Gollnick war auf bisher unaufgeklärte Weise ein Brand ausgebrochen, der in kurzer Zeit größeren Umfang annahm. Die sofort benachrichtigte Feuerwehr erschien gegen ¾10 Uhr auf der Brandstelle und griff das Feuer sofort mit drei Schlauchleitungen an. Trotz des starken Windes gelang es der Feuerwehr nach angestrengter Arbeit, gegen 11 Uhr das Feuer zu bezwingen, worauf die Wehr zu den Ablöschungsarbeiten übergehen konnte. Gegen mittags war die Gefahr beseitigt, so daß ein Teil der Wehr wieder abrücken konnte. Der Dachstuhl des Stalles ist vollständig eingeäschert, u. a. sind mitverbrannt ein Motor, eine Schrotmaschine, eine Häckselmaschine, fünf Kutschgeschirre, zirka 18 Fuhren Heu, eine Menge Stroh, Roggen und Hafer, ferner mehrere neue Wagenplanen und mehrere Treibriemen. Man kann von Glück sprechen, daß sich der Wind gerade beim Ausbruch des Feuers drehte, sonst wäre ein noch größerer Brand entstanden. Trotzdem die Firma versichert ist, ist der Schaden ein sehr großer, da sich die Aufbaukosten mit der Entschädigungssumme bei weitem nicht decken.

* **Schwetz,** 27. Juli. Eine Dachpappenfabrik wird hier in Marienhöhe errichtet. Die Baulichkeiten sind bereits fertiggestellt. Marienhöhe entwickelt sich immer mehr zu dem Industrieviertel der Stadt. Außer der Kalksteinfabrik, Kartoffeltrocknerei, Essigfabrik, wird nun noch das neue Unternehmen dort arbeiten. — Auf den Wochenmärkten ist die Einrichtung getroffen, daß Verkäufer von Butter und Eiern an besonderen Plätzen stehen müssen, während Gemüse und andere Produkte auf anderer Stelle des Marktplatzes verkauft werden. Es wird von der Polizei streng darauf geachtet, daß jeder Verkäufer auf dem ihm zugewiesenen Platz ist.

* **Schöneck,** 28. Juli. Schändliche schmutzige Arbeit haben ruchlose Hände an den Beeten im Schulgarten der deutschen Volksschule verrichtet. Bei einem gestrigen Gang durch die von Kinderhänden geschaffenen Gemüseanlagen bemerkte man, daß von einem großen Teil der Beete fast sämtliche Gemüsesorten entwendet und zum Teil am Boden zertreten waren. Trotzdem nun schon zu verschiedenen Malen in der Presse über diese gemeinen Spitzbübereien und Freveltaten Klagen geführt wurden, scheint es, als ob sich diese Menschen, deren Handlung unverzeihlich ist, durch solche Hinweise nicht stören lassen. — Ein starkes Gewitter zog am Donnerstag nachmittag über unsere Stadt hinweg. Heftige Blitzschläge sausten zur Erde nieder und lösten lang anhaltenden Donner aus. Von mehreren Blitzschlägen wurden die Fernsprechleitungen getroffen, so daß der Fernsprechverkehr Stockungen erlitt. In Lienfitz wurde beim Gastwirt Hinz sogar ein Teil der angebrachten Fernsprecheinrichtung von der Wand gerissen. Die Hochspannungsleitung unseres Elektrizitätswerkes wurde ebenfalls von einem Blitzschlag getroffen. Dabei wurde eine Isolationspuppe zerstört und das Kabel an einer Stelle durchschlagen, so daß am Donnerstag und zum Teil auch am Freitag kein Strom abgegeben werden konnte.

* **Wejherowo,** 28. Juli. Am vergangenen Donnerstag weilte hier der Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge Darowski. Der Minister besichtigte die hiesigen Anstalten für soziale Fürsorge sowie die Emigrantenstation. — Hiesige Hausfrauen führen lebhafte Klagen, daß sie für teures Geld häufig verfälschte Butter, innen Kartoffeln oder ein großer Prozentsatz Molke, erhalten. Ein solches Verfahren kann wirklich nicht scharf genug verurteilt werden und verdient exemplarische Bestrafung. — Das Volksschuldepartement des Kultusministeriums arbeitet ein Projekt aus, das den Schulzwang im nächsten Jahre auf sechsjährige Kinder ausdehnt. Das Projekt ist auf französischer Grundlage aufgebaut.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 27. Juli. Ein einträgliches Geschäft war für einen Eisenbahndieb die „Revision" eines Schlafwagens, der von Lemberg über Warschau nach Danzig ging. Einem Ingenieur Leopold Goldberg aus Wien wurden nämlich nicht weniger als 900 000 polnische Mark, 730 tschechische Kronen, 270 Dollar, 3 Millionen österreichische Kronen, 1 200 000 deutsche Mark, 400 holländische Gulden, sämtliche Gepäckscheine, die nach Danzig lauteten, und ein Lederköfferchen geraubt, das u. a. folgende Sachen enthielt: eine Platinbrosche, reich besetzt mit Brillanten und Smaragden, ein Platinring mit großem Brillanten und Smaragden, eine goldene Uhr und ein goldenes Armband. Der Verlust beziffert sich auf etwa 317 Millionen Mark. Der Geschädigte braucht also gar nicht erst einer offiziellen Razzia an der Schwarzen Börse zum Opfer zu fallen. Einem anderen Reisenden wurde im selben Zuge eine Krawattennadel mit Brillanten, ein Etui aus Emaille und Elfenbein und sein Paß gestohlen. Es scheint sich um dieselben Täter zu handeln.

Aus Polnisch-Schlesien.

* **Kattowitz,** 29. Juli. Ein schweres Verbrechen ließ sich ein hiesiger, im Dienst befindlicher Polizeibeamter zuschulden kommen. Eine Witwe, Frau J. S. aus Domb, kehrte mit dem letzten Zuge aus Oswiecim heim. Bei der vorgerückten Zeit wollte sie nicht nach Hause gehen, sondern wartete im Wartesaal den neuen Tag ab. Beim Morgengrauen machte sie sich dann auf den Weg, um nach Domb zu gehen. In der August-Schneiderstraße wurde sie von dem dort diensttuenden Polizeibeamten Nr. 919 überfallen und vergewaltigt. Die vergewaltigte Frau, die Mutter von 5 Kindern ist und sich im Alter von 48 Jahren befindet, erstattete am nächsten Tage Anzeige. Trotzdem befindet sich der Beamte noch heute im Dienst.

Aus Ostdeutschland.

* **Schlochau,** 29. Juli. Ein eigenartiges Vorkommnis spielte sich auf dem am Freitag abgehaltenen Wochenmarkt ab. Ein Berliner Maurer fragte einen Landmann nach dem Preise seiner zum Verkauf angebotenen Eier. Dieser forderte 5000 M. für das Stück. Als ihm 3000 M. angeboten wurden und er auf dieses Angebot nicht einging, entnahm der Maurer dem Korbe zwei Eier und warf sie dem Landmann ins Gesicht. Dieselben gingen entzwei und die flüssige Masse rannte nun über das Gesicht und die Kleider hinweg. Der Maurer ging stillschweigend seiner Wege. — Im Krankenhause wurde ein ungefähr 18jähriger Bursche eingeliefert, der beim Beerensammeln von einer Kreuzotter gebissen worden war. — In der Nacht wurde dem Friseur Karuge eine Schaufensterscheibe eingedrückt. — Der am Freitag im Wolffromschen Saale abgehaltene Holztermin der staatlichen Oberförsterei Lindenberg hatte eine große Anzahl von Käufern herangezogen, so daß der große Saal gänzlich überfüllt war. Es kam nur Brennholz aus den Forstschutzbezirken Borne, Plietensee, Mauersin, Pollnitz und Lindenberg zum Ausgebot. Die Preise wurden dermaßen hochgetrieben, daß es gewöhnlichen Sterblichen unmöglich gemacht wurde, Brennholz zum Winterbedarf zu erwerben. Es wäre wohl am Platze, wenn hier auch ein wenig Rücksicht auf die Bevölkerungsklassen genommen würde, die solche Preise für Holz nicht anwenden können.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Thorn,** 25. Juli. Ein aufsehenerregender Betrugsprozeß, bei dem es sich um große Kohlenschiebungen handelte, wurde am 23. Juli nach dreitägiger Verhandlung vor dem Thorner Bezirksgericht zu Ende geführt. Angeklagt war der Direktor und Eigentümer der „Bank Zbożowy", namens Wachowiak, und ein Mitarbeiter Mitko. Der Prozeß förderte Betrugsmanöver größten Stils zutage, von denen schon vor drei Wochen allerlei Gerüchte in Stadt und Land umliefen. Die Tatbestände waren folgende: Der Angeklagte Ed. Wachowiak hat vor ungefähr zwei Jahren die „Bank Zbożowy" gegründet (am Altstädtischen Markt). Diese Gründung war aber gar kein Bankinstitut, sondern eine gewöhnliche Kohlenhandlung, die auf Bestellung Kohlen in größeren Mengen beschaffte. Wie die Gerichtsverhandlung ergab, war W. der Hauptbeteiligte bei diesen Geschäften, auch gehörten ihm die meisten Aktien der Bank. Um zu größeren Gewinnen zu gelangen, verfuhr W. wie folgt: Er bestellte die Kohlen in der Grube für seine Kunden waggonweise, aber statt den Waggon unmittelbar an den Kunden gelangen zu lassen, bestellte W. die Kohlen an die Adresse seiner Firma auf den Bahnhof Thorn-Mocker. Hier wurde dann ein Teil der Kohlen abgeladen und der andere Teil als „voller Waggon" an die Kunden weitergesandt. In anderen Fällen wurde ein Teil guter Kohlen abgeladen und dafür Kohlengrus (Schutt) zugeschüttet und mit den Kohlen durchgemengt. In einem Falle wurden von einem Waggon Schmiedekohlen, der für die „Poznański Bank Ziemian" bestimmt war, 140 Zentner Kohlen entnommen und das fehlende Gewicht mit zwei Fuhren Schutt gut gemacht. Auch hat W. Dąbrower Kohlen als oberschlesische verkauft, die doch beinahe noch einmal so teuer sind. In dieser Weise hat der Angeklagte W. auch wohltätige Anstalten schwer geschädigt und betrogen, so zum Beispiel das Institut der „Mildtätigen Schwestern" im Kloster zu Kulm (Dąbrower Kohle für oberschlesische) und den „Pommerellischen Kinderschutzhort", der um einige hundert Zentner betrogen wurde. — Weiter hat W. ständig die Frachtkosten höher berechnet als sie amtlich angesetzt waren. Die Anklage warf dem W. auch vor, eine falsche Erklärung an Stelle eines Eides abgegeben zu haben, auch soll W. andere Leute zum Meineid verleitet haben. Das Urteil gegen W. lautete wegen dauernden Betruges in großem Maßstabe auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, mit Anrechnung der Untersuchungshaft vom 26. April 1923 ab. Sein Mitarbeiter Mitko erhielt 6 Monate Gefängnis, mit Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Der Verteidiger stellte den Antrag, W. auf freiem Fuß zu belassen gegen Stellung einer größeren Kaution, aber der Gerichtshof lehnte nach kurzer Beratung diesen Antrag ab.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Die Lage am Holzmarkt in Danzig. Nach der außerordentlich starken Abschwächung der deutschen Mark ist es neuerdings am Holzmarkt unmöglich, Geschäfte ohne Kurssicherung abzuschließen. Die pommerellischen Sägewerke verkaufen nur noch in ausländischer Währung, und die inländischen Schneidemühlenbesitzer verlangen teilweise jetzt die Zahlung in Dollarschätzen oder, soweit Papiermark zur Bezahlung von Frachten und Zöllen gebraucht wird, unter Garantie eines bestimmten Kurses. Bei Abschlüssen zwischen pommerellischen und deutschen Holzfirmen wurden in den letzten Tagen frei Grenze deutscherseits unverzollt für unsortierte Stammware 4 Pfund Sterling, für Zopf 3 Pfund Sterling erzielt.

Industrie.

Frankreich und die Erdölindustrie in Polen und Rumänien. Die französische Deputiertenkammer hat dem zwischen Frankreich und Polen über die polnische Erdölindustrie geschlossenen Abkommen ihre Zustimmung erteilt. Frankreich hat sich durch das Abkommen nach Sicherung des inneren polnischen Bedarfs die Ausfuhrfreiheit für Petroleum gesichert, die auch nicht durch fiskalische Maßnahmen beeinträchtigt werden darf. Die unter das Abkommen fallenden Gesellschaften brauchen Ausfuhrabgaben nur in polnischer Währung zu bezahlen. Die Gesellschaften erhalten auch freie Verfügung über ihre Devisen und die Meistbegünstigung in bezug auf Kapitalsteuern und Zwangsanleihen, sowie hinsichtlich neuer Kapitalien volle Abgabefreiheit auf diesem Gebiet. Endlich wird ihnen die Rückgabe der im Kriege auf österreichisch-ungarischem Gebiet beschlagnahmten Tankwagen zugesichert. Die Vorteile dieses Abkommens sollen denjenigen Gesellschaften zuteil werden, die die französische Regierung der polnischen Regierung bezeichnet. Hierbei wird auf französisches Kapital, französische Leitung, möglichst auf französische Hauptniederlassung in Frankreich und französisch-technischen Betrieb Wert gelegt werden. Was das Kapital anlangt — jetzt Fr. 800 Millionen —, so wird zur Sicherung des französischen Einflusses an Schaffung von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht gedacht. Die Gesellschaften werden von der französischen Regierung nur insoweit in die Listen aufgenommen werden, als sie sich zu gewissen Lieferungen für den französischen Bedarf und mit den sonstigen Auflagen der französischen Regierung einverstanden erklären, die als droit de regard bezeichnet werden. Dabei wird sich die französische Regierung vorbehalten, für den Fall der Nichterfüllung dieser Auflagen die betreffende Gesellschaft wieder von der Liste zu streichen. Schon vor dem Kriege bestanden 11 französische Petroleumgesellschaften in Ostgalizien, gegründet von der Finanzgruppe George Clairon et Cie., Lille (Gesellschaft Polok-Schodnica und andere Gesellschaften), Gruppe Mocigeot-Gec-Pollet (Gesellschaft Dombrowa) und die Gruppe Fenaille-Despoux Desmarais (Gesellschaft Limanowa). Das Kapital dieser 11 Gesellschaften betrug 155 Millionen Franken. Nach dem Kriege begannen die französischen Gesellschaften ihr Kapital zu erhöhen und neue Geldanlagen vorzunehmen. Schon im Jahre 1920 vertraten die französischen Gesellschaften in Ostgalizien ein Kapital von 500 Millionen Franken. Damals kamen auf si 55 v. H. der polnischen Petroleumerzeugung.

Vor einigen Wochen haben die französischen Gesellschaften ein Syndikat „Comité des Pétroles Français de Pologne" (Kap. Frs. 658,5 Mill.) gegründet, das seinen Sitz in Paris hat. Ihm gehören an: 1. Société Franco-Polonaise des Pétroles 165 Mill. Frs., 2. Société des Pétroles de Dombrowa 138 Mill. Frs., 3. Société Française des Pétroles Premier 135 Mill. Frs., 4. Société de Naphte Limanowa 100 Mill. Frs., 5. Société Française des Pétroles Malapolska 30 Mill. Frs., 6. Société Financière des Pétroles 25 Mill. Frs, 7. Société des Pétroles Wankowa 15 Mill. Frs., 8. Société des Pétroles des Potok 12 Mill. Frs., 9. Crédit Général des Pétroles 10 Mill. Frs., 10. Omnium des Gazet Pétroles 6 Mill. Frs., 11. Société des Pétroles de Grobewalka 4 Mill. Frs., 12. Société des Pétroles de Zagorz 4 Mill. Frs., 13. Société des Redevances et pétrolisères d'exploitations 4 Mill. Frs., 14. Société Française des Karpathes 3,5 Mill. Frs., 15. Société Industrielle de Galice 3 Mill. Frs, 16. Société des Pétroles Polonie 1,5 Mill. Frs., 17. Société des Pétroles de Sambor 1,5 Mill. Frs., 18. Société Française pour l'Industrie des Pétroles 1 Mill. Frs.

Dem Syndikat gehört nicht an die Gesellschaft „Silva Plana", die über ein Kapital von 68 Millionen Fr. verfügt.

Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken. Auf zahlreiche Anfragen und zur Berichtigung irriger Auffassungen von Aktionären der Sacharinfabrik A.-G. vorm. Fahlberg, List u. Co., Magdeburg, wird folgendes mitgeteilt: Die Oberschlesischen Kokswerke haben der Verwaltung der Sacharinfabrik A.-G. vorm. Fahlberg, List u. Co. das Angebot gemacht, 40 Millionen Mark alte Oberschlesische Kokswerke-Aktien zu tauschen; dieses Angebot ist in der gestrigen Generalversammlung der Sacharinfabrik A.-G. vorm. Fahlberg, List u. Co. angenommen worden. Darüber hinaus haben die Oberschlesischen Kokswerke keinerlei Angebot gemacht, Fahlberg List-Aktien gegen Oberschlesische Kokswerke-Aktien zu tauschen.

Wirtschaft

Wirtschaftsnachrichten aus der Tschechoslowakei. 1. Zur Finanzlage. In der Sitzung des Ausschusses des Bankamtes vom 25. Juni l. Js. wurde konstatiert, daß das Bestreben des Bankamtes, den Kurs der tschechoslowakischen Krone auf stabiler Basis zu erhalten, in der Berichtsperiode von Erfolg war. Seit dem 15. Mai sind die Devisen und Goldvorräte um weitere 472 Millionen Kronen gestiegen. Die an das Noteninstitut gestellten Kreditansprüche waren gering, die Lombardkredite sind um 185 Millionen Kronen zurückgegangen. Die Staatskassenscheine erfreuten sich auf dem Markte einer lebhaften Nachfrage und wurden beim Bankamte gar nicht eingereicht. Die bemerkenswerte Erhöhung der Girosaldi beweist, daß der Finanzmarkt genügend mobil ist, die Verminderung der Insolvenzfälle läßt auf eine langsame Besserung der wirtschaftlichen Lage schließen. 2. Ermäßigte Frachttarife. Wie uns mitgeteilt wird, wurden die ursprünglich bis 23. Juni 1923 ermäßigten Frachttarife für Eisen nicht wieder erhöht, sondern ihre Gültigkeit bis Ende des Jahres 1923 verlängert. In Betracht kommen hauptsächlich Dampfkessel, Lokomobilen, Desinfektionsmaschinen, Feldgeräte, Eisen, Roheisen und Eisenabfälle. 3. Lohnabbau. Der Lohnabbau in der Tschechoslowakei macht ständig Fortschritte. Die Zündhölzchenfabrik Wolf u. Co. in Tirnau hat die Arbeiterlöhne um 10 bis 20 Proz. herabgesetzt, die Bürstenfabrik K. Grünberg, Preßburg, ab 1. Juni um 10 Proz. Die Möbelfabrik Iglovia in Zipser-Neudorf wird die Löhne ab 31. Juli um 10 bis 15 Proz. reduzieren. Die tschechoslowakischen Betriebe der Rimamurany-Salgo-Tarjaner Eisenwerks A.-G. haben ihre Löhne in zwei Etappen um 10 Proz. herabgesetzt. Ungünstige Lage der Waggonindustrie. Die kritische Lage der tschechoslowakischen Waggonindustrie hat sich in der letzten Zeit sehr zugespitzt. Viele Unternehmungen haben ihre Betriebe entweder gänzlich eingestellt oder die Arbeit erheblich eingeschränkt. So haben zum Beispiel die Waggonfabriken in Böhm.-Leipa, Freistadt, Studenka und Kolin und sogar die Ringhoffersche und die mit ihr vereinigte Nesselsdorfer Waggonfabrik die Produktion in großem Maße eingeschränkt. Die tschechoslowakische Eisenbahnverwaltung macht derzeit keine größeren Bestellungen, und auch für die Zukunft ist mit einer Besserung nicht zu rechnen, da die Staatsverwaltung die Ausgaben um jeden Preis zu vermindern trachtet. Aufträge aus dem Ausland laufen infolge der schlechten Valutaverhältnisse der Nachbarstaaten nur spärlich ein. Aus dem Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Belgien ist ersichtlich, daß auf Bestellungen aus diesen Ländern nicht zu rechnen ist. Andererseits sind die Vorräte an Eisen, Holz usw., die in der Hoffnung auf reichliche Bestellungen zu hohen Preisen eingekauft wurden, durch den Preissturz entwertet, so daß viele Unternehmungen ihre Bilanz des vergangenen Jahres mit Verlust abschließen mußten. Zuckerausfuhr. Das Handelsministerium hat die Zuckerausfuhr ab 1923 aus dem Bewilligungsverfahren wieder auf die Freiliste gesetzt, so daß die Ausfuhr von Zucker aus der neuen Ernte vollständig frei ist. Chemikalieneinfuhr. Kürzlich verhandelten in Prag die Vertreter des Vereins tschechoslowakischer Industrieller gemeinsam mit Vertretern des allgemeinen deutschen Textilverbandes in Reichenberg und des Vereins der mährischen Wollindustriellen in Brünn beim Handelsministerium mit den Vertretern der chemischen Industrie über die Regelung der Einfuhr von Chemikalien und Farben. Die Verhandlungen endeten mit dem Beschlusse, daß zu Anfang eines jeden Monats ein aus zwei Vertretern der chemischen Industrie bestehender Ausschuß zusammentreten und für jeden Monat Richtlinien für die Bewilligung der Chemikalien- und Farbeneinfuhr bestimmen wird.

Geldwesen.

Valutabescheinigungen für Auslandssendungen. Das polnische Post- und Telegraphenministerium macht bekannt: Gemäß der Verordnung des Finanzministeriums vom 21. Juni d. Js. hat das Post- und Telegraphenministerium eine Verordnung erlassen, daß vom 20. d. Mts. an betreffs der aus Polen ins Ausland von Fabrikanten, Kaufleuten und Speditionsfirmen zu Handelszwecken versandten Postpakete und besonders der Manufaktursendungen von den Absendern außer den gewöhnlichen Ausfuhrgenehmigungen, falls solche für die Ausfuhr von Waren notwendig sind, auch Valutabescheinigungen in zwei Exemplaren beizufügen sind. Wegen der Valutabescheinigungen haben sich die Absender an die Filialen der P. K. K. P., resp. an diejenigen Bankinstitutionen zu wenden, denen das Finanzministerium die stellvertretenden Funktionen bei der Einkassierung der ausländischen Guthaben für die ausgeführten Waren übertragen hat.

Börse

Neuer Zlotykurs. Der Finanzminister hat den Emissionspreis der 6proz. Zloty-Schatzscheine Serie 1a, 1b, 1c und 1d auf 25 000 Mark poln. pro Zloty festgesetzt. Der neue Emissionspreis gilt vom 30. Juli.

Warschauer Börse vom 30. Juli.

Devisen:

Belgien	9575—9215	Paris	11 675—11 200
Berlin und Danzig	0.17	Prag	5 650—5 700
London	904 000—872 000	Schweiz	35 200—33 900
Neuyork	199 000—190 000	Wien	2.78—2.68
Holland	78 000	Italien	8315

Danziger Frühkurse vom 31. Juli.

Die polnische Mark in Danzig	600
Der Dollar in Danzig	1 200 000

Kurse der Posener Börse.

	31. Juli	30. Juli
Bankaktien:		
Bank Centralny I.—III. Em.	25 000	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	20 000—21 000	20 000
Bank Poznański I.—II. Em.	—,—	6500
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	20 000—22 000	20 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	60 000	60 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	20 000—22 000	18 000—22 000 —20 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	5800—6000	5800.
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	2800—3000	2500
Bank Młynarzy	7500	5700—6500
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	—,—	30 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	50 000	50 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	20 000	20 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	270 000-280 000	240 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	16 000—15 000	17 000—16 000
Centrala Rolników I.—IV. Em.	5800	5500
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	35 000	35 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	900 000	—,—
Dębienko I.—II. Em.	—,—	45 000
Garbarnia Sawicki Opalenica I. Em.	40 000	37 000—39 000
Goplana I.—II. Em.	32 000	30 000
C. Hartwig I.—V. Em.	10 000	10 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	4500—5000	4500
Hurtownia Skór I.—III. Em.	—,—	35 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	85 000	—,—
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	30 000	30 000
Iskra I.—III. Em.	42 000—48 000	42 000—40 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	650 000-600 000	650 000-620 000
Pneumatik o. Zukaufsr. u. o. Kup.	6500—7000	5500—6000
Orient I.—II. Em.	—,—	10 000
S. Pendowski I. Em.	—,—	25 000
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	28 000	30 000—28 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	20 000	20 000
Patria I.—VIII. Em.	20 000—21 000	20 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	70 000	70 000—69 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em. (exkl. Zukaufsrecht)	55 000—57 000	50 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. (o. Bzr.)	45 000	—,—
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	30 000	—,—
Tkanina I.—IV. Em.	55 000	50 000
Tri I.—III. Em.	50 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	110 000-120 000	110 000-100 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	70 000—80 000	50 000—60 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	9000—10 000 —9500	9000—10 000

Tendenz: fest.

Warschauer Vorbörse vom 31. Juli.

Deutsche Mark in Warschau	0,15
Dollar in Warschau	188 500
Englische Pfund in Warschau	870 000
Schweizer-Franken in Warschau	33 900
Französischer Franken in Warschau	11 150

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

„Landwirt". 1. Bei diesem „Herzheilmittel" handelt es sich um eine Reklamesache, die heute längst in Vergessenheit geriet. Wenn Sie herzleidend sind, gehen Sie zu einem tüchtigen Spezialarzt. 2. Kat.: C2 bedeutet: Garnisondienst. Sie werden zur Reservistenübung nicht eingezogen.

L. T. in G. 1. Ja! 2. Norddeutscher Lloyd in Danzig.

Anonym. Der anonyme Brief von Ihnen ist eine Feigheit und wanderte in den Papierkorb.

Geschäftliche Mitteilungen.

= Die Handelsschule in Posen, ul. 27. Grudnia 4 (früh. Berliner Straße) — Gartenvilla, beginnt am 6. August in allen Abteilungen mit neuen Lehrgängen, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Fächer und des polnischen Sprachunterrichts. Anmeldungen können auch in der Privatwohnung des Direktors św. Wojciech 29, täglich von 2—3 Uhr erfolgen.

Von den Kinos.

Das Teatr Pałacowy führt in dieser Woche einen interessanten Film vor, der sich „Yvetta, die Modekönigin" nennt. In den Hauptrollen tritt die polnische Künstlerin Lya Mara mit ihrem Partner Erich Kaiser-Tietz auf. — **Im Kino Colosseum** wird ein orgineller amerikanischer Film gegeben, der den Titel „Das Drama auf dem Meeresgrunde" trägt.